

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofolio Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Familiennachrichten u. Stellenangebote zur Hälfte. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Diebstahlstellen der Verwaltung der Staatsgüter und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 13

Dresden, Mittwoch, 16. Januar

1924

Die Schicksalsstunde Englands.

Die Thronrede.

London, 15. Januar.
Heute vormittags begab sich der König in Begleitung der Königin und des üblichen Hofstaates vom Buckingham Palace nach Westminster zur Eröffnung des Parlaments. Eine ungeheure Menschenmenge füllte die Straßen, durch die der außerordentlich pompöse Hofzug fuhr. Die Ankunft des Königs im Unterhaus wurde mit 41 Kanonenschüssen bekräftigt. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten verlas der König die Thronrede, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind weiter freundschaftlich.

Ich freue mich, einen ausgesprochen Fortschritt in der Lösung jener Fragen feststellen zu können, die bisher den Weg zum wechselseitigen Verständnis verschlossen und die Wiedergewinnung der Welt verzögert hatten. Die Reparationskommission hat zwei Ausschüsse eingesetzt, in denen Sachverständige aus den Vereinigten Staaten mit anderen Sachverständigen aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien zusammenwirken werden bei der Prüfung der sehr ernsten finanziellen Fragen, die die Lage Deutschlands betreffen.

Das künftige Statut der Tangentzone, die lange Zeit eine Quelle von Unruhe war, ist zwischen den Delegierten der hauptsächlich interessierten Mächte einer Regelung unterzogen worden, welche die Schaffung eines internationalen Regimes und die Förderung des Verkehrs und des Handels vorsieht.

Ein Gesetz wird eingebracht werden zwecks Inkraftsetzung des Lausanner Friedensvertrages. Sobald dieses Gesetz angenommen sein wird, wird der Vertrag ratifiziert und eine neue Ära friedlicher Beziehungen mit der Türkei eröffnet werden.

Meine Minister sind im Zusammenwirken mit den Vertretern Canadas darauf bedacht gewesen, die Schwierigkeiten bezüglich der geschwundenen Einfuhr von alkoholischen Getränken in die Vereinigten Staaten zu beseitigen und haben Vorschläge für ein Abkommen gemacht, das nicht nur der Annahme steht und die künftigen glücklichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern festigen dürfte.

Es wird weiter mein Ziel sein, den ständig wachsenden Einfluß des Völkerrechts mit allen Mitteln, die in meiner Macht liegen, zu fördern.

Die jüngste Serie von Mordtaten an der Nordwestgrenze Indiens durch Verbrecher, die ein Mißverhältnis auf afghanischem Boden gefunden haben bez. afghanische Untertanen sind, das mich sehr beschäftigt. Meine Regierung ist energisch bei der Regierung des Amirs vorstellig geworden und sie erwartet auf das Bestimmteste, daß diese Personen bestraft und befriedigende Beziehungen an dieser Grenze bald hergestellt werden.

Die kürzlich abgehaltene Konferenz des britischen Reiches wies sehr deutliche Fortschritte in bezug auf das Zusammenwirken der Reichsteile auf. Es war insbesondere möglich, den Wünschen der Dominionen entgegenzukommen, ohne von dem bestehenden Steuersystem dieses Landes abzukommen, indem der von der Reichskonferenz im Jahre 1917 beschlossene und seit 1919 in Kraft getretene Grundgesetz der gegenseitigen Besteuerung wesentliche Erweiterungen erfuhr. Es werden ihnen Vorschläge zwecks Durchführung der Ergebnisse dieser Reichskonferenz unterbreitet werden. Ich heiße die Gelegenheit willkommen, die durch die Weltausstellung des Britischen Reiches geboten werden wird, die Kenntnis der mannigfaltigen Hilfsquellen meines Reiches zu erhöhen und den Handel innerhalb des britischen Reiches zu fördern.

Auf die innerpolitischen Fragen übergehend führt die Thronrede aus, daß der jüngste Wahlkampf sich um die Frage der Schulreform gedreht habe.

Inbesseren bin ich froh, festzustellen, daß die Pläne für die Sicherung von Arbeitsgelegenheiten, die gegenwärtig durchgeführt werden, eine schätzenswerte Wirkung im Laufe des letzten Jahres gezeitigt haben, indem sie die Zahl der wirklichen Erwerbslosen herabgemindert haben. Die Zahl derer, die noch immer nicht in der Lage sind, Arbeit zu finden, verursacht mit großer Sorge. Meine Minister haben kürzlich vor dem Lande Vorschläge entwickelt, die nach ihrer Überzeugung zu der Lösung dieses Problems wesentlich beigetragen haben würden, indem sie der Industrie ein größeres Maß von Sicherheit auf dem eigenen Markt gesichert und den Absatz ihrer Erzeugnisse in meinen überseeischen Kolonien und in fremden Ländern vergrößert hätten. Aber diese Vorschläge sind vom Lande nicht angenommen worden. Unter diesen Umständen wird die Zustimmung der Mitglieder des Parlaments zu einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit, wie sie von der Reichskonferenz vorgeschlagen

wurden, nachgesucht werden. Es soll insbesondere gewissen öffentlichen Unternehmungen im britischen Reich finanzielle Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten und eine Ausdehnung der Beteiligung an den Kosten für gemeinnützige Arbeiten entweder durch die Lokalbehörden oder durch private Gesellschaften vorgenommen werden.

Sodann enthält die Thronrede einen Hinweis auf die Pläne der Regierung zwecks Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in der Schiffbauindustrie durch sofortigen Bau von Kreuzern und Hilfseinheiten, zwecks Entwicklung der allgemeinen und technischen Fortbildung der jugendlichen Arbeitslosen usw. Insbesondere wird die Ausdehnung der Luftflotte für Zwecke der Landesverteidigung angekündigt. Bezüglich der Krise in der Landwirtschaft wird auf den Vorschlag der Regierung Bezug genommen, eine Konferenz aller interessierten Kreise und sämtlicher Parteien einzuuberufen zwecks Ausarbeitung einer Agrarpolitik, durch welche die anbauwürdige Fläche zu erhöhen und durch

Stabilisierung der Löhne der Landarbeiter eine regelmäßige Beschäftigung auf dem Lande zu sichern sein würde.

Die in der ganzen Welt mit Spannung erwartete Erklärung des englischen Königs zur Eröffnung des neuen Parlaments war in Wirklichkeit eine Aufregung nicht wert. Die Rede bildet diesmal nicht, wie üblich, das maßgebende englische Regierungsprogramm, sondern den Schwanzschwanz einer aus der Regierung verdrängten Partei. Vereinzelt Redenwendungen tragen ausgesprochen parteipolitischen Charakter, während andere wichtige Vorformale innerhalb der englischen Politik aus den letzten Wochen und Tagen scheinbar mit Absicht besonders farblos gehalten sind. Vor allem die Schulfrage, die im Verlaufe des letzten Wahlkampfes die Hauptrolle spielte und den Anlaß zu der konservativen Wahlverlorenheit bot, wird mehr als üblich behandelt. Mit einer Ausdehnung und Verbesserung der Bestimmungen über den Handelskredit soll versucht werden, die Niederlage wettzumachen, obwohl selbst der König und seine vor dem Abgang stehenden Minister nicht glauben dürfen, daß sich das Parlament damit zufriedengeben wird. Mit Handelskredit allein kann die Arbeitslosigkeit in England nicht behoben werden. Schon deshalb ist die Arbeiterpartei gewonnen, das von ihr beabsichtigte Vertrauensvotum gegen die Regierung Baldwin einzubringen. Denn nicht zuletzt wurde ihr bei den letzten Wahlen ein Erfolg zuteil, weil in breiten Teilen der englischen Bevölkerung die Auffassung besteht, daß sie schließlich in der Lage ist, auf die Dauer der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Bekanntlich glaubt die Labour Party, das vor allen Dingen durch eine Anerkennung Russlands und die Erweiterung der Handelsbeziehungen zu diesem Lande zu erreichen. Dieser Auffassung wird in der englischen Thronrede kein Wert gemessen. Das ist parteipolitisch insofern erklärlich, als die konservative Partei, deren Sprecher der König am Dienstag war, wahrscheinlich glaubt, den die allein die Abstimmung für das von der Arbeiterpartei insinuierte Vertrauensvotum entscheiden und sie mit der Verantwortung beladen zu können, der Arbeiterpartei in den Zetteln geholfen zu haben. Das ist nicht die Thronrede, sondern ein parteipolitisches Programm ist ebenfalls weder inhaltlich noch parteipolitisch sehr umstritten. Die einzige, aber bedeutende Ausnahme bildet die Ankündigung neuer Hilfen zu Wasser und in der Luft. Diese Frage wird bei der Arbeiterpartei auf starken Widerspruch stoßen und zweifellos auch bei der Begründung des Vertrauensvotums gegen die Regierung Baldwin eine Rolle spielen.

Der Zusammenbruch der französischen Währung.

Das Regierungsprogramm zur Sanierung der staatlichen Finanzen.

Paris, 15. Januar.

Der katastrophale Zusammenbruch, den die französische Währung am Montag auf den internationalen Geldplätzen erlitten hat, hat nicht nur in den finanziellen und wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Kreisen eine panikartige Stimmung erzeugt. Selbst die Regierung mußte sich angesichts des unerwartet raschen Tempors, das der Sturz des Franken seit kurzem angenommen hat, davon überzeugen, daß einer Krise wirtschaftlicher Natur mit politischen Maßnahmen nicht beizukommen ist. Sie ist heute zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammengesetzten und hat in langen Beratungen ein Programm zur Sanierung der staatlichen Finanzen entworfen, das dem Parlament bereits in den nächsten Tagen vorgelegt werden soll und dessen künftige Annahme die Regierung durch Stellung der Vertrauensfrage zu erzwingen beabsichtigt. Dieses Programm enthält folgende Punkte: 1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht und der Steuerhinterziehungen; 2. Ersparnis mit Ausgaben für die öffentliche Verwaltung; 3. Verringerung aller Ausgaben; 4. Ein Zuschlag von 20 Proz. auf sämtliche Steuern. In Aussicht genommen sind weiter Maßnahmen zur Bekämpfung von Waisenspekulation gegen den Franken und gegen die französischen Staatspapiere. Nach einer Mitteilung offizieller Natur erwartet die Regierung aus der 20prozentigen Erhöhung der Steuern eine Einnahme von 4,7 Milliarden Franc, aus dem Verzicht auf Unterbrechung der Steuerdefraudation eine solche von 2 Milliarden. Darüber hinaus glaubt man aus der Ersparnis eine weitere Milliarde flüssig machen zu können, sodaß rund 7 bis 8 Milliarden verfügbar wären, mit denen die Regierung das Reparationsbudget, für das bisher im Etat keinerlei Deckung vorhanden war, ins Gleichgewicht zu bringen hofft. In unterrichteten politischen Kreisen steht dieser Optimismus allerdings auf harte Skepsis, ganz abgesehen davon, daß es selbst bei glatter Annahme der Vorlage durch die Kammer noch Monate dauern wird, ehe die neuen Quellen zu fließen beginnen werden. Außerdem befürchtet man, daß die wirklichen Einnahmen hinter den offiziellen Schätzungen sehr stark zurückbleiben werden.

Sturm in der Kammer.

Paris, 15. Januar.

In der heutigen Kammer Sitzung verlangte der Abgeordnete Lacotte die sofortige Be-

sprechung einer Interpellation über die Devisenfrage. Die Kammer beschloß demgemäß. Der Finanzminister machte geltend, daß die Regierung am Donnerstag die heute beschlossenen Gelegenheitsanträge einbringen werde und verlangte, daß auch die Interpellation auf Donnerstag verlagert werde. Der Sozialist Blum bestand jedoch auf sofortiger Erörterung. Die Regierung ermahnte die Kammer zur Ruhe. Aber diese machte, daß auch die Regierung Ruhe und Maßhalten bewahren. Nach dem Protokoll des heutigen Ministerrats scheint es, daß der Regierung jede Maßlosigkeit fehle. Das Sinken des Franken werde nicht durch das hervorgerufen, was in London, Amsterdam, New York und Brüssel geschehe, sondern durch das, was sich in Paris vorbereite. (Zusatz: Der Abgeordnete Cahin: Durch die Ruhrlegung.) Der Finanzminister rief daraufhin: Auch durch die Kritik gewisser Blätter. Der Abgeordnete Blum erklärte nach Wiederherstellung der Ruhe, das Sinken des Franken sei das Ergebnis der ganzen Regierungspolitik, die von den Sozialisten so oft bekämpft wurde. Der Abgeordnete Tardieu verlangte ebenfalls die sofortige Beantwortung der Interpellation Lacotte. Der radikale Abgeordnete A. ward stellte sich, daß die jetzige Lage die Folge der bisherigen Verschleppungspolitik der Kammer sei. Schließlich wurde die Interpellation Lacotte mit 388 gegen 189 Stimmen auf Donnerstag verschoben.

Urteile der Londoner Presse.

London, 15. Januar.

Nast alle Blätter beschloßen sich mit dem Sturz des französischen Franken. So schreibt „The Times“ in einem Leitartikel: Die Wirkung der Ruhrinvasion, das Verschwinden Deutschlands als einer wirtschaftlichen Einheit und der deumutende Sturz des französischen Franken sei jetzt klar zu übersehen. Wenn Poincaré oder sein Nachfolger beschließen würden, daß Deutschland, um Frankreich vor der vollständigen finanziellen Katastrophe zu retten, in die Lage versetzt werden müsse, seine Schulden auf einer vernünftigen Grundlage zu bezahlen, so würde die Gesamtlage in Europa eine bemerkenswerte Umwandlung erfahren. „Daily News“ schreibt: Die Ursache des französischen Frankensturzes müsse in den auswärtigen Beziehungen Frankreichs gesucht werden. Man erwähne in diesem Zusammenhang die britische Haltung nach der Erschießung des Separatistenführers Heing in Speyer und Lord Curzon's Beharren auf einer unabhängigen Untersuchung der Lage in der Pfalz.

Die Aussprache im Unterhause.

London, 15. Januar.

Das Unterhaus war bei der heutigen Eröffnung in Erwartung der Aussprache über die Thronrede nicht besetzt. Die Regierung war voll vertreten. Auf der Oppositionsbank saßen Asquith, MacDonald und Lloyd George nebeneinander. Ramsay MacDonald führte u. a. aus:

Die Lage Europas gleiche der von 1912 mit rivalisierenden Kräfte und rivalisierender nationaler Politik. Die alliierten Nationen betrachteten einander mit halb verhohlener Feindseligkeit. Der Einfluß Großbritanniens müsse wieder hergestellt werden. Großbritannien habe heute keine entschlossene, bestimmte oder wirksame Politik auf dem Kontinent. Es sei Zeit, hierin Wandel zu schaffen. Die Regierung habe das Vertrauen des Hauses und des Landes verloren. (Lauter Beifall bei der Arbeiterpartei.)

Macdonald schloß seine Rede mit folgenden Worten ab: Die Lage Mitteleuropas und sagte, England sollte rund und deutlich erklären, daß es hier Einhalt tun wolle und bereit sei, seinen Anteil zu übernehmen, eine Politik zu beginnen und eine